

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Wahrhaftigkeit. — Das Problem der Ueber-
gangsperiode (von H. W. Gerhard) — Taten
und Täter. — Panzerkreuzer A. — Zwei
Tote — Anarchistische Vereinigung —
Entschlebung

NR. 12

**PREIS
40 Pfg.**

JAHRGANG 2

BERLIN

SEPTEMBER 1928



Jeder Freiheitsfreund !!!

liest das
große Rebellenbuch

Ewig in Aufruhr

Gestalten deutsch. Rebellen
von **Klaus Störtebecker**
bis **Max Hölz**

Auf Grund historischer Dokumente
dargestellt von Dr. Erich Müller

360 Seiten / holzfreies Papier
Ganzleinen

Verlangen Sie noch heute unser
ausführliches Prospektmaterial kostenlos.
Karte genügt.

Universum-Bücherei für Alle, Berlin NW7
Dorotheenstraße 19

Soeben erscheint das Buch

staatspräson

von **Erich Mühsam**

Ein Denkmal
für

Sacco und Vanzetti

112 Seiten
Preis broch. 2 Mk. in Lein. geb. 3 Mk.
für Mitglieder der Gilde
freiheitlich. Bücherfreunde,
der Freien Arbeiter-Union Deutschlands
u. der Anarch. Vereinig.
33 $\frac{1}{2}$ % Rabatt.

Ein erschütterndes Dokument kapitalistischer Justizbarbarei und revolutionären Menschentumes, ein Ruf zum Kampf im Geiste der Ideen, für die **Sacco und Vanzetti** starben.

Verlag Gilde freiheitlicher Bücherfreunde, Berlin O 34, Warschauerstr. 62

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 2

Nummer 12

September 1928

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörrhlauchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.

Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Wahrhaftigkeit

Das Proletariat wird mit wissenschaftlichen Lehren überfüttert, die ihm beweisen sollen, daß die kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftsform durch die Revolution beseitigt und durch sozialistische und kommunistische Einrichtungen ersetzt werden müsse. Alle diese Wissenschaft geht von nur ökonomischen Grundfragen aus, weist auf nur ökonomische Lösungen hin und begnügt sich bei der üblichen Philister-Erinnerung, daß erst die Menschheit anders sein müsse als sie ist, bevor an eine bessere Welt gedacht werden könne, mit der Vertröstung, vernünftige Zustände würden die Menschen schon anständig machen. Dabei kämpfen die Vertreter der sozialistischen Lehren für die Zukunft einer gewandelten Sittlichkeit, indem sie gegen den Klassengegner und noch mehr gegen den in grundsätzlichen Auffassungen oder auch nur in der Anwendung der Kampfmittel nicht überall übereinstimmenden Klassengefährten die unanständigsten, erbärmlichsten und giftigsten Waffen anwenden. Sie wissen nicht oder haben vergessen, daß gesellschaftliche Umwälzungen erst möglich werden, wenn sie notwendig geworden sind und daß ihre Notwendigkeit erkennbar wird durch Krankheitserscheinungen, die zu allererst nach geeigneter Behandlung verlangen. Eine Entzündung in den Eingeweiden eines Menschen oder Tieres meldet sich durch Schmerzen an. Die Schmerzen veranlassen den Arzt, ihre Ursachen zu ermitteln, und er beginnt erst mit der Operation, die die Voraussetzung der Heilung ist, wenn alle Maßnahmen getroffen sind, um jede Verunreinigung der entstehenden Wunden zu verhindern. Der mit der Vorbereitung der Revolution beschäftigte Teil des Proletariats empfindet sehr stark die schmerzhaften Äußerungen des kapitalistischen Systems an seinem Körper,

aber, glücklich, von gelehrten Leuten darüber aufgeklärt zu sein, daß es sich hier nur um äußere Erscheinungsformen eines innerlich morschen Getriebes handelt, glaubt er sich über die Maßen weise, wenn er es ablehnt, eitrige Stellen auszuwaschen und an den Symptomen herumzukurieren; er will ohne umständliche Säuberung, ohne auch nur das Bettlaken, auf dem die Operation vollzogen werden soll, auf seine Reinlichkeit anzusehen, gleich mit dem Schnittmesser an die Wurzel des Uebels.

Es ist natürlich richtig, daß im Zusammenleben der Menschen erst dann gegenseitige Achtung, Schonung, Rücksicht und Hilfsbereitschaft als allgemeine Umgangsart erwartet werden kann, wenn die Gleichheit der Entwicklungsmöglichkeit aller natürlichen Anlagen, die Selbstverständlichkeit, vor Hunger, Obdachlosigkeit und Erwerbsunfähigkeit geschützt zu sein, die Beseitigung der Armut und ihres Gegenstücks, der sinnlosen Schwelgerei um der Verschwendung willen, — wenn mit einem Wort die vernünftige Bewirtschaftung der Erde und die gerechte Verteilung ihrer Güter den Anreiz zu Neid und Niedertracht aller Art aus den gesellschaftlichen Beziehungen der Allgemeinheit entfernt hat. Wer aber einsieht, daß dies richtig ist, der muß wohl auch begreifen, daß die bodenlose Niedrigkeit des allenthalben an den Tag gelegten Verhaltens der Menschen zu einander eine der Fäulnisäußerungen der kapitalistischen Gesellschaft ist, die die Notwendigkeit revolutionärer Neugestaltung zur Erscheinung bringen. Will aber das revolutionäre Proletariat der Arzt sein, welcher die als unumgänglich erkannte Operation vorzunehmen hat, dann darf es sich nicht ständig an den offenen Eiterherden der Krankheit die Hände besudeln, sonst trüge bei der Operation der Chirurg selbst die Giftstoffe in den Körper des Patienten wieder hinein, die zu entfernen seine Aufgabe war.

Wir müssen es immer von neuem sagen, schreiben, verkünden und bekräftigen, auf die Gefahr, von den gelehrsamkeitgeblähten und dialektisch gebildeten historischen Materialisten, die alle Schlagworte des Marxismus so genau kennen, daß sie sie fortwährend im Munde führen, ohne sich das geringste dabei zu denken, — auf die Gefahr, von allen Broschürenfressern und selbst Broschürenköchen des wissenschaftlichen Sozialismus als Kleinbürger, Ideologen, Sozialethiker, Menschheitsbeglucker, Individualisten, Wirrköpfe und Schwarmgeister entlarvt zu werden: daß die Befreiung der Arbeiterschaft aus der Knechtschaft der Ausbeutung nicht die Lösung einer ökonomischen Rechenaufgabe, sondern die Erfüllung einer sittlichen Pflicht sein wird. Wissenschaft ist nichts als Mittel der Erkenntnis und ändert sich in Verfahren und Ergebnissen mit der Veränderung dessen, was sie erkennen soll. Der Inhalt einer Revolution, die den

Namen sozial verdient, ist moralische Veränderung der Gesellschaft; die Abschaffung der Unterdrückung und Beherrschung von Menschen durch Menschen ist der Hauptteil dieser Veränderung, jede wirtschaftliche Neuregelung nach der Revolution ist diesem moralischen Ziel nachgeordnet, so daß die Fragen Kommunismus oder Kollektivismus, Geldverkehr oder freier Austausch, Familien- oder Gemeinschaftserziehung der Kinder und vieles andere nur unter den moralischen Gesichtspunkten entschieden werden sollten, welche Formen den Erfordernissen der Freiheit und Wahrhaftigkeit am besten entsprechen. Die Auseinandersetzungen darüber zwischen den Menschen, die sich über die Notwendigkeit der revolutionären Massenaktion einig sind, dürften, sollen sie irgend zu nützlichen Zielen führen, niemals anders geführt werden als im Geiste kameradschaftlicher Sachlichkeit, zu dem einzigen Zweck, durch Vorbringen von Gründen, Anhören und Durchdenken von Gegen Gründen die dem Unternehmen förderlichsten Wege zu ermitteln, seine Aussichten und die Formen des zu schaffenden Neuen zu erörtern und dauernd verantwortungsbewußt zu überprüfen.

Der Tiefstand des Bodens, auf dem, zumal in Deutschland, die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der revolutionär gesinnten Kreise der Arbeiterschaft ausgetragen werden, hat seinen stärksten Grund darin, daß die Vertreter der mannigfachen Anschauungen fast ausnahmslos selber von den moralischen Fäulniserscheinungen angefressen sind, die die Revolutionsreife der bestehenden Gesellschaft erkennbar machen. Ja, man muß aussprechen, daß der Wille, saubere Beziehungen im gegenseitigen Verhalten der Menschen zu schaffen, die mit einander Ideen bewegen sollen, infolge der nur materialistischen Denkweise, die sich in den marxistischen Parteien durchgesetzt hat, leider in der Arbeiterbewegung kaum mehr irgendwo zur Geltung kommt, bedeutend weniger jedenfalls, als unter anständigen Bürgern, die des ebenfalls irrtümlichen Glaubens sind, dußsames, soziales, wahrhaftiges und hilfsfreudiges Verhalten im gegenseitigen Verkehr genüge allein, um die Gerechtigkeit auch in den gesellschaftlichen Einrichtungen zur Geltung zu bringen. Saubere Beziehungen allgemein können nicht bestehen, solange menschliche Arbeitskraft Handelsware ist, solange der Ertrag menschlicher Arbeitsleistung Wuchergut bevorrechtigter Schichten ist, solange Boden, Arbeitsmittel und Erdschätze Privateigentum sind und den Arbeitern erst dann zur Bewirtschaftung zur Verfügung stehen, wenn sie sich von der Bestimmung über das von ihnen Geschaffene ausschließen lassen und sich gegen kümmerliche und nicht einmal die natürlichen Lebensbedürfnisse verbürgende Entlohnung dem kapitalistischen Produktionsprozeß mit allen seinen Gefahren für Gesundheit und Unter-

halt, mit aller Not und Entwürdigung für die wertschaffende Armut einordnen. Wohl aber könnten und müßten saubere menschliche Beziehungen schon jetzt zwischen allen denen bestehen und in all ihrem Tun und Lassen Geltung haben, die ehrlich eine neue Gesellschaft mit sauberen Lebensverhältnissen anstreben. Denn das Materialistische versteht sich bei einer sozialen Revolution von selbst, — auf das Moralische aber kommt es an.

Erste Bedingung zum gegenseitigen Verstehen zwischen Revolutionären ist Wahrhaftigkeit. Was wir hingegen im Umgang der verschiedenen Organisationen des Proletariats mit einander, der Arbeiterführer sogar der gleichen Organisation, wenn nur irgendwo ein persönlicher oder grundsätzlicher Zwiespalt besteht, und am allermeisten im Verhalten der Arbeiterführer zu den von ihnen Geführten beobachten, ist, daß Aufrichtigkeit, Wahrheit, Vertrauen, Gradheit, Rücksichtslosigkeit im Sachlichen und Bekennermut, alle die Eigenschaften, die im Begriff der Wahrhaftigkeit zusammengefaßt sind, gar kein Ansehen mehr genießen. Statt ihrer werden schöne Dinge gepflegt, die man Diplomatie, Taktik, Realpolitik, Manöverieren, Disziplin und dialektische Methodik nennt, und die man getrost in die viel klareren Begriffe Heuchelei und Lüge zusammenfassen kann. Ja, der Bestand der kapitalistischen Gesellschaft, die im Gestank ihrer moralischen Verfaulung längst hätte ersticken müssen, deren Zerfall in Unehrllichkeit, Verderbenheit aller Beziehungen, moralheuchelnder Lasterhaftigkeit, allgemeiner gegenseitiger Begaunerung, Vergewaltigung und Bergwöhnung überreif ist, der Bestand dieser staatlich geknechteten und auf Schwindel gegründeten Gesellschaft ist nur deshalb weiterhin möglich, weil keine moralisch lautere Ablösung für sie vorhanden ist. Die „relative Stabilisierung des Kapitalismus“, diese öde, dämliche Ausrede revolutionsabgeneigter Phrasenhelden, die einen wissenschaftlich klingenden Vorwand dafür brauchen, daß sie ihre Beschäftigung mit Revolutionsvorbereitungen niemals über die Vorbereitungen hinausgelangen lassen wollen, — sie beruht einzig darauf, daß den Arbeitern tatsächlich eingeredet werden konnte, der Kapitalismus sei „relativ stabilisiert“. Er wird es solange sein, wie die Arbeiter ihn dafür halten, und die Arbeiter werden den Kapitalismus solange für stabilisiert halten, wie sie denen glauben, denen sie erlauben, statt ihrer zu denken.

Man sehe in eine sozialdemokratische oder parteikommunistische Zeitung hinein, um die Wahrheit zu lesen: Das Reichsbanner war aufmarschiert. Die Sozialdemokraten erfahren, daß unabsehbare Massen zusammengeströmt waren, deren Zahl auf mindestens zweihunderttausend Personen geschätzt werden dürfe. Die Kommunisten

aber nehmen befriedigt zur Kenntnis, daß ein armseliges Häuflein von höchstens dreitausend Leuten dem Ruf gefolgt war. Wenn es der Rote Frontkämpferbund war, ist es umgekehrt. Oder: In Brüssel hat der Kongreß der Zweiten Internationale getagt. Der „Vorwärts“ berichtete über die Aussprache der sozialistischen Internationalisten und rühmte den Geist der Einigkeit, der sieghaft über der geschichtlich bedeutungsvollen Tagung geschwebt habe. Indessen gelang es der „Roten Fahne“, über die geheimen Krachsitzungen außerhalb der offiziellen Harmonieveranstaltungen aufklärendes Material zu kriegen, und nun wissen wir, daß die Umlerner von 1914 auch 1928 noch nicht recht fertig sind mit ihrer Umlernerei und daß die Entschließung gegen die koloniale Unterdrückung, die den uneingeweihten Arbeitern die tiefe Abneigung der Kongreßteilnehmer gegen die imperialistische Sklavenhalterpolitik der Europäer in anderen Erdteilen offenbaren soll, kunstvoll so abgefaßt ist, daß eine allen nationalen Regierungen gerecht werdende Zustimmung zur Kolonialpolitik den Text für die antikoloniale Musik bildet. Zugleich tagte in Moskau wiederum der Weltkongreß der Dritten Internationale. Lauter einstimmige Beschlüsse, nichts als Eintracht, Begeisterung und allgemeines Entzücken. Dabei weiß aber jeder nicht völlig eingewickelte Zeitgenosse, daß schon kein Delegierter zu dem Kongreß zugelassen worden wäre, der auch nur mit einer Andeutung von den Verfolgungen und Einkerkierungen revolutionärer Genossen in Rußland hätte sprechen mögen, dem zuzutrauen gewesen wäre, er könnte der Eintracht, der Begeisterung und dem allgemeinen Entzücken durch eine kritische Anmerkung zur nationalrussischen Bauernpolitik auf Kosten des werktätigen Stadtvolks, zur Abwürgung der Opposition in den eigenen Reihen der bolschewistischen Partei, zur Waffen- und Munitionslieferung an die deutsche Reichswehr, zur Liebedienerei für Herrn und Frau Amanullah aus Afghanistan oder zu der tollen Zumutung an das internationale Proletariat Abbruch tun, es solle in dem Staatskonflikt zwischen Pilsudskis Polen und Smetonas Litauen zugunsten Litauens Partei nehmen. In Brüssel ist unausstehlich geheuchelt und gelogen worden; man hat statt internationaler Arbeiterinteressen nationale Staatsinteressen vertreten, und zwar jeder Abgesandte diejenigen des Staates, in dem er oder seine Freunde Minister spielen oder doch Minister spielen möchten. Man hat dort untereinander denselben diplomatischen Humbug verübt, den die beamteten Staatsbetreuer in Genf zur Wahrung der Geschäfte ihrer Wirtschaftsfürsten zu verüben pflegen. Aber in Moskau hat man nicht sehr viel besseres getan. Dort haben zwar die Kongreßteilnehmer nicht kapitalistische Diplomatie zugunsten der Ausbeutung der Arbeiter ihres jeweiligen Heimatlandes betrieben, —

aber sie haben auch dort internationale Arbeiterinteressen hinter nationale Staatsinteressen zurücktreten lassen und dabei fälschlich und ihre Auftraggeber, teilweise sicherlich auch sich selbst betrügend zu verstehen gegeben, daß sich eben die russischen Staatsinteressen mit den internationalen Arbeiterinteressen vollkommen deckten. So kommen denn Unwahrhaftigkeiten heraus wie die, die Arbeiter der Welt hätten, da Litauens staatliche Selbständigkeit der russischen Diplomatie erwünscht scheint, in einem polnisch-litauischen Kriege für die Unabhängigkeit „der litauischen Arbeiter“ auf die Schanze zu treten. Und die polnischen Arbeiter? Sind die plötzlich ein Dreck? Nein, die verlangte Solidarität des Weltproletariats im Kriegsfall kann nur bestehen in der Verweigerung jeder Mitwirkung an dem Kriege, in revolutionären Maßnahmen gegen den Krieg, in der Verhinderung von Waffen- und Munitionstransporten für beide kriegführenden Parteien, im Verlangen nach Sturz der beteiligten Staaten statt nach der Unberührtheit ihrer staatlichen Grenzen. Die eigentümliche Wendung der parteikommunistischen antimilitaristischen Formel „Nieder mit dem imperialistischen Krieg“ bekommt sonst einen recht übeln Beigeschmack, nämlich den, daß man Kriege zwischen zwei Staaten einfach als nur von einer Seite imperialistisch gestempelt zu erklären braucht, um der Arbeiterschaft ihre Pflicht begreiflich zu machen, der anderen Seite, in diesem Falle dem faschistisch regierten Litauen, beizustehen. Die allein ehrliche antimilitaristische Formel lautet: Nieder mit dem Kriege! Denn der einzige Krieg, zu dem die revolutionäre Arbeiterschaft je Anlaß haben kann, die Waffen zu nehmen, ist der Bürgerkrieg gegen in- oder ausländische Gegenrevolutionäre, und zu diesem Kriege bedarf es keiner Richtlinien und keiner Kongreßentscheidungen. Er wird geführt, wenn er da ist und ist ein möglicherweise nicht zu umgehender Bestandteil der Revolution, die ja dank der „relativen Stabilisierung des Kapitalismus“ noch nicht in Sicht sein soll.

Was die Beschäftigung mit allen diesen Erscheinungen zur Notwendigkeit macht, ist die kaum mehr beachtete Tatsache, daß auf Kongressen wie in der Presse, in den Parlamenten, den Gewerkschaften, in Schrift und Rede alle Wahrhaftigkeit nicht nur außer Acht gelassen wird, sondern sogar völlig in Vergessenheit geraten ist. Es wird nur noch gelogen, und weder Lügner noch Belogene haben das Gefühl dafür. Die Redaktionen der sozialdemokratischen und kommunistischen Zeitungen sprechen überall und über alles im Namen der ihrer Partei zugehörigen Arbeiterschaft. Aber die ist gar nicht gefragt, die erfährt erst, was sie will, aus den Zeitungsmeldungen, daß sie dies oder jenes wolle. „Das Proletariat protestiert“, liest man alle Augenblicke, und das arme Proletariat sieht,

nachdem es erfahren hat, daß es protestiert, genauer hin, um zu erfahren, wogegen es eigentlich protestiere. Die Brüsseler Delegierten faßten ihre wichtigsten Entschlüsse hinter verschlossenen Türen, damit diejenigen, in deren Auftrag sie Beschlüsse faßten, nicht erfahren, was es mit diesen Beschlüssen auf sich habe. Die Arbeiter stecken ihr sauer erworbenes Lohngeld in die Zeitungen, um genaue Wahrheit zu erfahren; Redakteure und Wortführer sind ihre Angestellten, — jawohl, es sind längst die Meinungsmacher für die Arbeiter. Sie drücken nicht aus, was die Meinung derer ist, die für die Befreiung der proletarischen Klasse einzustehen haben mit ihren Leibern und ihrem Schicksal, sondern sie lenken hinter dem Rücken ihrer Auftraggeber deren Meinung dahin, wo faule Führerinteressen sie haben möchten. Der Betrug bei der Aufstellung der Kandidatenlisten zu Parlamentswahlen, der Delegationen für Kongresse ist jedem Arbeiter bekannt. Er ist nie gefragt worden. Ein demokratisch frisiertes Wahlmannersystem erhält ihm den frommen Wahn, als ob er doch irgendwie an dem Zustandekommen solcher Ergebnisse beteiligt wäre. Er läßt sich willig belügen. Nachher — wie jetzt bei der Panzerkreuzerposse, über die an anderer Stelle des Heftes mehr zu lesen ist — empört er sich ein wenig darüber, daß er belogen wurde und bleibt beim Wählen, beim Vertrauen zu den Führern, bei der eigenen Untätigkeit, die seine eigene Lüge ist.

Und hierauf kommt es an: wer selbst wahrhaftig ist, der läßt sich auch von anderen nicht belügen und beschwindeln. An den Proletariern, ja, an fast allen Revolutionären hängt noch mit tausend Saugrüsseln die Lüge der bürgerlichen Gesellschaft, die schandbare Unmoral, die Kirche, Schule, kapitalistische Heuchelei und Staat Moral nennt. Der Arbeiter schnüffelt wie nur irgend ein feister Betstuhlphilister im privaten Leben des anderen herum, kümmert sich um dessen Familienangelegenheiten und um seine geschlechtlichen Erlebnisse und urteilt über dergleichen Dinge nicht anders als er es in der Staatsschule und im Konfirmandenunterricht gelernt hat. Er erfreut sich seiner wissenschaftlichen Kenntnisse über Kapitalismus und Sozialismus und bezeichnet sich als Kämpfer für die Freiheit. Zuhause aber ist er der größte Tyrann, prügelt seine Kinder und quält seinen Hund, und während er, im berechtigten Empfinden, daß jeder Mensch und jeder Revolutionär auf ein privates Leben Anspruch hat, das vor Spitzelei jeder Art geschützt sein muß und dem Selbstbewußtsein und Selbstverantwortung die Formen der Schönheit und der Freiheit zu sichern hat, sein Fenster verhängt, versucht er gleichzeitig zu erforschen, ob nicht ein anderer Bettabenteuer erlebt, die politisch gegen ihn auszuschlachten wären. Wer anderer Ansicht ist, gilt — das ist das verheerende Gift besonders in

der deutschen Arbeiterbewegung — als vogelfrei; wer aber brav am richtig gestrichenen Karren zieht, dem werden Gemeinheiten gegen Kameraden, Lumpereien sogar gegen die Bewegung verziehen und nachgesehen; und hat einer einmal in einer Anwandlung von Ehrlichkeit Meinungen geäußert, die ein Geschrei hervorriefen, er sei der niedrigste Schurke aller Zeiten. Meinungen, die ihn aus den Reihen der bisherigen Genossen ausstießen, und dann kriecht er unter Verleugnung seiner wahren Ueberzeugung zu Kreuz, so ist nicht nur auf den Wink der Führer bei den Massen aller Groll vergessen, — nein, der reuevolle Büßer wird sofort wieder Führer derer, die ihn ausgestoßen hatten. Das Proletariat hat sich an diese schmutzigen Dinge so gewöhnt, daß die bürgerliche Gesellschaft wahrlich zu Frieden sein kann.

Wir Anarchisten haben wenig Grund, uns stolz in die Brust zu werfen und zu behaupten, daß in unseren Reihen keine Unwahrhaftigkeiten Raum hätten. Die gesamte deutsche Arbeiterschaft ist so sehr durchsetzt mit verlogenen Ränken und rostigen Erziehungsspißereien, daß sich keine Bewegung rühmen kann, davon frei zu sein. Es ist aber nötig, davon zu reden, will anders man nicht die ganze proletarische Sache im bürgerlichen Lügendreck verfaulen lassen. Wer Freiheit will, muß auch Wahrhaftigkeit wollen, und die Wahrhaftigkeit in der Beziehung zwischen den Menschen, welche der Freiheit der Menschheit in Sozialismus und Anarchie zustreben, besteht in einer Lebensführung, die in jeder Handlung für die Idee die Aufsicht aller Arbeiter der Welt, in jeder Regung des privaten Lebens die Prüfung vor dem eigenen Gewissen verträgt.

Das Problem der Uebergangsperiode

(Vergleichende Revolutionsgeschichte II.)

Seit dem Kriege und der russischen Revolution gibt es vielfach Strömungen im Anarchismus, die mit der ungenügenden Rolle unserer Bewegung in den revolutionären Ereignissen unzufrieden sind und infolgedessen verschiedene der überlieferten Anschauungen revidieren, weiterentwickeln oder klären wollen. Dieses Gefühl der Unzufriedenheit findet sich schon in De Ligts „Anarchismus und Revolution“ vom Jahre 1922 und weiter in vielen verstreuten Artikeln bis zu denen Rudolf Rockers im „FANAL“. Einen bedeutsamen Anteil an diesen Bestrebungen hat die sog. „Plattform“ der russischen Gruppe „Djelo Truda“ in Paris. Besonders die Antwort einer anderen russischen Gruppe, mit Wollin in ihrer Mitte, die bisher nicht ins Deutsche übersetzt wurde, gibt wertvolle Gesichtspunkte.

Das Problem der Uebergangsperiode, das bei diesen Diskussionen ebenfalls eine gewisse Rolle spielte, ist m. E. eins der wichtigsten, dessen Lösung erst eine günstigere Entwicklung des Anarchismus ermöglicht. Denn auf die Frage der Arbeiterschaft: Was wollt ihr unmittelbar nach dem Siege der sozialen Revolution machen? müssen wir eine klare und einleuchtende

Antwort geben können. Der ältere Anarchismus hat diese Frage nicht mit der nötigen Klarheit gestellt. Entweder beschäftigte man sich überhaupt nicht näher mit den Zuständen, die einst herrschen sollen, oder man gab eine Schilderung des vollständig durchgeführten Anarchismus (zum Beispiel Kropotkins „Eroberung des Brotes“, A. Rollers „Der soziale Generalstreik“ usw.), wobei man die Frage nach den Wegen, um dahin zu gelangen, mit ein paar Worten über den „Instinkt des Volkes“, „das angeborene Gute im Menschen“ oder einfach den „guten Willen“ (siehe Jean Grave in seiner Antwort auf die Plattform, Fr. Arb. 1927) abtat.

Dabei ist der Gedanke, man könne durch eine soziale Revolution unmittelbar jenen idealen Zustand „Anarchie“ erreichen, eine Vorstellung, die im schärfsten Widerspruch zu jeder Art Entwicklungsgesetz steht. Diese Vorstellung würde bedeuten, daß die ganze jahrtausendalte, mühevoll, manchmal raschere, dann wieder langsamere, oft von Rückschlägen unterbrochene Entwicklung der Kultur plötzlich aus irgendeinem Grunde stillstehen sollte, zu Ende sein sollte. Die Anarchie wäre nach dieser Meinung eine Art Paradies, das irgendwo in der Zukunft verborgen wäre, und in das man durch eine außerordentliche Anstrengung, genannt „soziale Revolution“, eindringen könnte. Man wird zugeben, daß das eine Vorstellung ist, die bedenklich nahe an christliche Erlösungsgedanken herankommt, und die auch, durch indirekte Einführung des Zweckgedankens („teleologischen Prinzips“) in die Geschichte einen längst überwundenen wissenschaftlichen Standpunkt wiederkehren lassen würde. Wenn man diese Konsequenzen ablehnt, dann bleibt nur übrig, die Anarchie ihres Charakters als Ideal zu entkleiden; sie ebenfalls für eine Etappe auf dem Wege der Menschheitsentwicklung zu erklären, und man wäre dann gezwungen, als weitergehendes Ziel eine „Ueberanarchie“ aufzustellen — eine Vorstellung, die ebenso absurd ist.

Wenn wir all das bedenken und auf dem Boden induktiv-deduktiver Forschung bleiben wollen, dann müssen wir uns sagen, daß die Anarchie in ihrer reinsten Form ein Idealzustand ist, der vielleicht überhaupt nicht, sicher aber erst nach langer Zeit erreicht werden wird. Unsere Aufgabe nach einer Revolution muß es sein, auf dem Gegebenen aufbauend, Schritte zur Annäherung an unser Ziel zu tun. Wie weit wir kommen werden, wird die Zukunft lehren. Wahrscheinlich wird die nächste Etappe — nach dem Feudalismus und der bürgerlichen Demokratie — eine Art industrieller Demokratie sein, die sich des Räteystems für ihren praktischen Aufbau bedienen wird. Dahin deuten jedenfalls die Ansätze der letzten proletarischen Erhebungen.

Das Wort „Uebergangsperiode“ hat in unseren Kreisen einen sehr schlechten Klang. Bei den Diskussionen um die Plattform wagte niemand, sich offen zu diesem Gedanken zu bekennen. Das hat aber eine ganz bestimmte, naheliegende Ursache. Was man meist unter „Uebergangsperiode“ verstand, oder was unter diesem Namen in den bisherigen Revolutionen vor sich ging, waren nämlich keine vorläufigen Maßnahmen zur Einführung von etwas Neuem, zur Zerschlagung von Herrschaftseinrichtungen usw., sondern es war die Unterlassung lebenswichtiger Maßregeln, meist auf wirtschaftlichem Gebiete, resp. die Wiederherstellung alter Verhältnisse, die vom Volke schon spontan beseitigt waren. Es geschah dies entweder aus Unkenntnis der gesellschaftlichen Bedeutung derartiger Maßnahmen oder infolge des Einflusses reformistischer, unentschiedener Elemente. Später rächte sich das, indem die reaktionären Gewalten, die man hatte bestehen lassen, bei günstiger Gelegenheit die ganze Revolution liquidierten. Diese Auffassung der Uebergangsperiode ist allerdings gefährlich und rechtfertigt unser Mißtrauen.

Aber zwischen dem etwas phantastischen Gedanken eines Netschajeff u. a., die Gesellschaftsformen bis auf den Grund niederzureißen, nichts bestehen zu lassen, und dann alles von neuem aufzubauen, und der Nachlässigkeit bei bisherigen Revolutionen, wichtige Funktionen in autoritärem Sinne bestehen zu lassen, gibt es doch noch einen Mittelweg. Man muß die Aufgaben, die etwas weiter ab liegen, die sich nicht sofort lösen lassen, bis auf weiteres sich selbst überlassen und dafür mit ganzer Kraft an der Neugestaltung der gesellschaftlichen „Schlüsselstellungen“ arbeiten, von denen aus man dann die ganze Gesellschaft in die neuen Lebensformen bringen kann. Solcher Schlüsselstellungen gibt es nur drei: Die politische Staatsmacht mit allen ihren Zweigen, die restlos beseitigt werden muß; die Organisation der Betriebe unter Ausschaltung des Einflusses von Unternehmern, Direktoren, Spezialisten, aber auch von Kommissaren, „Roten Direktoren“ usw., nur gemäß dem Rätegedanken von unten nach oben; und drittens die militärische Verteidigung der Revolution durch ein auch von unten nach oben organisiertes Volksheer. Wenn keine militärischen Operationen nötig sein sollten, was sehr zu wünschen wäre, aber wenig wahrscheinlich ist, so würde dieser Punkt wegfallen und es blieben nur zwei wichtige Aufgaben: Die Organisation des wirtschaftlichen Lebens im freiheitlichen Sinne und die Abschaffung des Staates. Ist das geschehen, so läßt sich keine autoritative Macht denken, die sich noch irgendwo in der Gesellschaft halten könnte. In Presse, Schule, Theater, Familienleben, politischem Leben, sexuellem Leben, Erziehungswesen, überall wird sich, wie heute auch, der überwiegende Einfluß der Wirtschaft geltend machen und diese Gebiete, wo es nicht schon geschehen ist, im freiheitlichen Sinne reorganisieren. Das Umgekehrte ist ausgeschlossen. Nie wird die Presse, die Kunst oder sonst etwas, rein aus sich, ohne wirtschaftlichen Hintergrund, ja gegen die Tendenzen des Wirtschaftslebens, mehr als vorübergehende Erfolge aufweisen können. Wenn es uns also gelingt, das Wirtschaftsleben in unsere Hand zu bekommen und es in freiheitlichem Sinne vorläufig in Gang zu bringen, so brauchen wir uns um den Verlauf der Revolution weiter keine Sorge zu machen, auch wenn wir notgedrungen als Uebergangs-Konzession noch irgendwo einen Priester predigen lassen müssen, nichts Durchgreifendes gegen die Prügelstrafe in Arbeiterfamilien machen können oder das giftige Gewäsch irgendeines Presseschmucks über unsere Arbeit dulden müssen. All das kann keinen Hund hinterm Ofen hervorlocken; es wird sich kein Mann zur Verteidigung der alten Prinzipien finden, weil die Reaktionen wirtschaftlich ohnmächtig sind, nichts zahlen können und weil es dem Volk zu gut geht, um sich auf Abenteuer einzulassen.

Man glaube nicht, daß das eine Bejahung des historischen Materialismus und eine Verneinung revolutionärer Erziehungsarbeit sei. Die Umgestaltung der Wirtschaft ist eine Tätigkeit, die bereits einen hohen Grad von revolutionärer Reife beim Proletariat voraussetzt. Karl Roche drückte das Verhältnis zwischen Idee und Realität einmal folgendermaßen aus: Wenn ein Tischler einen Tisch machen will, also eine durchaus materielle Handlung, so muß er doch erst wissen, wie dieser aussen soll und muß eine geistige Tätigkeit dabei verrichten — das Entwerfen. So ähnlich ist es auch in der Gesellschaft. Diese Frage müßte einmal in einem besonderen Artikel geklärt werden, in dem unsere prinzipielle Stellung zum historischen Materialismus darzulegen wäre.

Wenn wir den Verlauf bisheriger Revolutionen auf die Durchführung derartiger wirtschaftlicher Forderungen hin untersuchen, so können wir feststellen, daß man meist ganz andere Dinge für die wichtigsten hielt, nur nicht die Eroberung der wahren Grundlagen der Gesellschaft. Man bildete

Regierungen, berief Parlamente oder Nationalversammlungen, beriet des langen und breiten über Gesetze und Verfassungen, vergaß aber dabei, den Einfluß der Reaktion den sie durch die Beamtenschaft, die Großgrundbesitzer, Bauern, Fabrikbesitzer, Offiziere und Soldaten hatte, zu brechen. So kam es, daß die Revolutionen immer nach kürzerer Zeit wieder niedergeschlagen werden konnten und eine Zeit furchtbarer Reaktion nach sich zogen.

Nachdem die Regierenden, die Besitzenden, die Reaktion sich von dem ersten Schrecken der eben ausgebrochenen Revolutionen erholt hatten und sahen, daß man ihre wichtigsten Privilegien, Besitz, Polizeigewalt, Heeresführung usw., nicht antastete, begannen sie einen systematischen Krieg gegen das neue System. Das Wirtschaftsleben funktionierte nicht, die Kurse fielen, die neue Regierung geriet in Schwierigkeiten, die Arbeiter hungerten und murrten, die Reaktion steckte sich hinter den rechten Flügel der Revolutionäre — meist Bürgerliche, Kleinbürger oder scheinbar proletarische Elemente — um die Linken — die Arbeiter und ihre Wortführer — maßlos anzugreifen. Schließlich wurde ein Aufstand provoziert und niedergeschlagen, wodurch die Kraft der Revolution gebrochen und die Bahn für die Reaktion frei war. Das war der Verlauf der meisten bisherigen Revolutionen — 1848, 1871, 1918 —, weil man den Mechanismus der gesellschaftlichen Gesetze nicht verstand oder nicht verstehen wollte.

Die Ursache für dieses Nichtverstehen muß in dem trügerischen Vorbild großer bürgerlicher Revolutionen, besonders der französischen von 1789, gesucht werden. Man übernahm nicht nur die Form, sondern auch den Inhalt, während die gesellschaftliche Lage ganz anders geworden war. Der Irrtum war der, daß wohl 1789 ein Parlament, eine Verfassung etwas Erstrebenswertes darstellten, weil es sich um eine bürgerliche Revolution mit politischen Zielen handelte, wenigstens in den Städten. Aber die späteren Revolutionen, von Arbeitern gemacht, konnten nach diesem Schema nicht arbeiten, wenn sie etwas für die Arbeiter leisten wollten, weil es sich gar nicht mehr um eine bloße politische Umwälzung, sondern um eine wirtschaftliche, soziale Revolution handeln mußte. Der Parlamentarismus war das Ziel der bürgerlichen Revolutionen, und er hat dem Bürgertum große Dienste geleistet, aber das Proletariat kann damit nichts anfangen. Aus diesem Grunde waren die Arbeiter von den bisherigen Revolutionen nicht befriedigt, und deshalb endeten sie alle mit einer starken Reaktion.

Eine einzige Ausnahme bildet die russische Oktoberrevolution von 1917. Da hat man, stellenweise schon vor dem Oktober, die Besitzer der Fabriken davongejagt, das Herrenland unter die Bauern verteilt, die Polizisten erschlagen oder vertrieben, den Staat zerstört. Und es ist eine Tatsache, die man auch als Gegner der russischen Regierung, wie sie heute ist, anerkennen muß, daß diese Revolution eine ungeheure Lebenskraft gezeigt hat. Sie hat sich gegen Sabotage und Miniarbeit im Innern, gegen Unverstand mißleiteter Bauern, gegen konterrevolutionäre Banden von allen Seiten, die von England und Frankreich unterstützt wurden, gegen Blockade und Krieg, gegen Isolierung und Hungersnot gehalten. Sie ist heute nur noch ein Schatten, aber sie ist nie überwunden worden. Das ist ein Beweis dafür, was eine tiefgreifende Umwälzung sozialer Natur vermag, welche Kräfte entfesselt werden, wenn das Volk weiß, daß es für sich selbst kämpft.

Wollte man die Ursachen für den enttäuschenden Verlauf der russischen Revolution, wie sie bis heute vorliegt, suchen, so müßte man in erster Linie die wirtschaftliche Struktur: 85 Proz. Bauern und 10 Proz. Arbeiter, erwähnen. Es ist klar, daß diese starke Bauernklasse, die wohl revolutionär war, solange sie unterdrückt wurde, aber mehr und mehr individualistisch

wurde, sobald sie zufriedengestellt und Herr ihres Landes war, keine Stütze für sozialistische Bestrebungen abgeben konnte. Im Gegenteil, sie zwang die regierenden Bolschewisten, selbst kapitalistische Methoden anzuwenden. Als weitere Ursachen des Niederganges wären die Umbildung des russischen Volkes, die Isolierung Rußlands und die sonstigen äußeren Gefahren, der vorhergegangene Krieg und die autoritäre Theorie der Bolschewiki zu erwähnen.

Trotzdem sich aber Rußland heute wenig von anderen diktatorisch regierten Staaten unterscheidet, hat uns diese Revolution doch gelehrt, was es heißt, wenn die Grundfesten der bisherigen Gesellschaft, Staat, Wirtschaft, Heer, von den Revolutionären erobert resp. vernichtet werden. Was sich in Rußland mit 85 Proz. Bauern nicht durchführen ließ, das wird bestimmt in Deutschland gehen, wo man 60 Proz. der Arbeiterschaft oder ihr gleichgestellten Schichten zurechnen kann.

Eine sehr wichtige Frage des Ueberganges wirft die erwähnte Plattform auf: Sollen in der Uebergangsperiode andere als unsere anarchistischen Prinzipien angewandt werden? Das müßten dann also irgendwie autoritäre Prinzipien sein. Aber so kann man die Frage nicht stellen. Wäre es so, dann könnte man sich nur für anarchistische Prinzipien entscheiden und käme zur Ablehnung der Uebergangsperiode. Die Frage muß aber nicht lauten, anarchistische Prinzipien oder autoritäre, sondern Handeln überhaupt oder Nicht-Handeln. Dort, wo wir in der Lage sind, einzugreifen, werden wir selbstverständlich anarchistische Prinzipien zur Geltung bringen; es muß aber bezweifelt werden, daß wir genügend Kräfte haben, oder daß das Volk einen genügend sicheren Instinkt hat, um die Gesellschaft von allen Seiten zugleich umbauen zu können. Wir werden vorläufig noch autoritäre Einrichtungen, Vorurteile, Gebräuche bestehen lassen müssen, ja uns vielleicht mit so etwas abgeben, es dulden müssen, bis wir das Fundament der neuen Gesellschaft befestigt haben und keine bewaffnete Gegenrevolution mehr zu befürchten ist. Wollten die Anarchisten in einer solchen Lage auf alles praktische Handeln verzichten und sich in eine mißvergnügte Opposition zurückziehen, weil sie nicht mit autoritären Einrichtungen Kompromisse schließen wollen, so würden sie das Feld anderen Strömungen überlassen, und die Revolution würde in autoritäre Bahnen lenken.

Nein, man muß hier wohl zwischen Maßnahmen bzw. Unterlassungen unterscheiden, die den weiteren Verlauf der Revolution hemmen müssen und solchen, die sich später nachholen lassen. Die Art der Landverteilung der russischen Bauern 1917, wodurch eine zahlreiche, zufriedengestellte Klein- und Mittelbauernschaft wie in Frankreich und Deutschland geschaffen wurde, war bestimmt ein Akt, der einen großen Teil der späteren Schwierigkeiten verursachte. Rosa Luxemburg hat dies gleich im Anfang erkannt und hat die Bolschewisten in ihrer Schrift über die russische Revolution gewarnt, sich dadurch nicht den weiteren Weg zu verammeln. Ähnlich war es mit den Unterlassungssünden in bezug auf Fabrikkontrolle, Zerstörung des Staates usw. bei früheren Revolutionen. So hat auch die Abwürgung der Rätebewegung in Deutschland 1918 und ihre Ersetzung durch den Parlamentarismus den weiteren Weg dieser Revolution vollständig verlegt. Sie mußte bei Hindenburg landen.

Das schließt aber nicht aus, daß es auch Versäumnisse gibt, die sich später nachholen lassen. Zum Beispiel hat der französische König nach dem Ausbruch der Revolution 1789 noch volle zwei Jahre regiert. Die endgültige Bestätigung der agrarischen Neuordnung in Frankreich erfolgte sogar vier Jahre nach Ausbruch der Revolution. Die Ursache, die so etwas

ermöglichte, war die tatsächliche Umwälzung der Fundamente gleich im Anfange der Revolution; dagegen konnten keine Reaktion, keine Vendée, keine Einfälle vom Rhein her etwas ausrichten, und erst recht konnten sich solche Schönheitsfehler oder Formalitäten, wie die Staatsform usw., nicht als gegenrevolutionäre Tendenzen bemerkbar machen. Man vergleiche aber hiermit die Tatsache, daß die 1918 versäumte Enteignung der deutschen Fürstenthümer sich 1926 ganz einfach als unmöglich erwies.

Wenn ich hier der Uebergangsperiode das Wort rede, so will ich natürlich nicht gegen eine mögliche anarchistische Aktion sprechen, nur um des Wortes Uebergangsperiode willen. Im Gegenteil bin ich selbstverständlich der Ansicht, daß soviel wie möglich sofort „endgültig“ im freiheitlichen Sinne gestaltet werden soll.

Was ich mit obigen Darlegungen bezwecke, das ist, den starren Dogmatismus der Anarchisten zu bekämpfen, der sich mit nichts befassen will, was nicht garantiert innen und außen zu 100 Proz. autoritätsfrei ist. Beispiele für solches Verhalten sind genug vorhanden. (Betriebsrätefrage, Gewerkschaftsbewegung, Volksentscheid, Tätigkeit in der deutschen und russischen Revolution usw.) Ich will die Anarchisten darauf aufmerksam machen, was sicher auch schon viele unter ihnen erkannt haben, daß es in einer so großen Umwälzung, wie es eine soziale Revolution sein wird, nicht immer so reinlich zugehen kann, wie es in den Büchern steht. Es kann sein, daß da verschiedene, in den Theorien bisher nicht vorgesehene Schwierigkeiten auftauchen werden, die man nicht durch grollendes Abseitsstehen, sondern nur durch kräftiges Zupacken überwinden kann.

Die Anarchisten brauchen keine Angst vor Reformismus oder Verwässerung der Ideen zu haben; bisher hat sich diese Gefahr noch nicht gezeigt. Das Grundprinzip der Anarchie ist so klar und kräftig, daß es alledem trotzen kann und sogar mit Ideen wie Urchristentum, Religiosität, Idealismus, Individualismus usw., verbunden werden konnte, ohne dauernden Schaden zu nehmen. Die Gefahr für den Anarchismus liegt gerade auf der entgegengesetzten Seite: Absonderung, Reinhaltung von allen Einflüssen der Zeit, dadurch Weltfremdheit, Verkalkung, Einflußlosigkeit. Diese Erscheinungen können wir jeden Tag in den verschiedensten Ländern beobachten, in Deutschland so gut wie in Frankreich, Oesterreich, Holland, Argentinien, überall, wo unsere Bewegung existiert. Es gibt nur wenige Ausnahmen, zum Beispiel Spanien, Portugal, Italien. Es ist Zeit, daß sich alle, denen wirklich an der Vorwärtsentwicklung der Gesellschaft in anarchistischem Sinne liegt, gegen diesen Zustand auflehnen, wie es Kam, Rucker in dieser Zeitschrift schon öfters getan hat, und eine sachliche Diskussion über die neuen Wege des Anarchismus beginnen.

Ich möchte den Gedankengang dieser Darlegungen in eine Art kurzen Programms, eines revolutionären Minimalprogramms, zusammenfassen, das meiner Meinung nach den Bestrebungen bisheriger proletarischer Revolutionen entspricht:

1. Auflösung der Staatsorgane: Justiz, Polizei, Verwaltung, Steuerwesen, politische Organe. Keine dekretierte Auflösung, sondern von den revolutionären Arbeitern praktisch bis ins letzte Dorf durchgeführte. Keine Neuerrichtung unter irgendeiner Verkleidung.

2. Umbau des Wirtschaftslebens, Abschaffung des Eigentumsrechts an Produktionsmitteln, des Erbrechts usw. Uebernahme der Betriebe durch die Arbeiterräte, die sich lokal, national, international und beruflich zusammenschließen. Abschaffung des Geldes, Inbesitznahme der Banken durch die Arbeiterschaft. Zunächst Einführung eines gleichen Bezugsrechtes aller für die nötigsten Bedarfsgegenstände und Nahrungsmittel. („Rationalisie-

rung“.) Später nach Maßgabe der Verhältnisse Einführung des freien Bezugsrechts für alle Arbeitenden, Verteilung durch die Betriebe oder auf Grund einer Haushaltkarte, die vom Betrieb ausgestellt wird. Einordnung der Parasiten, Beamten usw. in die Produktion.

3. Auflösung und Entwaffnung des Heeres, der Polizei und bewaffneter (bürgerlicher) Verbände. Wenn nötig, Bildung einer freiwilligen Miliz aus allen waffenfähigen Männern, auf der Basis freier Führerwahl und des Rätessystems.

Die Durchführung dieser Forderung bedeutet noch nicht den Anarchismus. Darüber müssen wir uns klar sein. Aber es ist die Gewähr gegeben, daß sich solch eine Gesellschaft gesund weiter entwickeln kann, zur Anarchie, wenn sie nicht durch Krieg usw. vernichtet wird. Die Umwälzung wird so grundlegend sein, daß diese Gesellschaft nie wieder auf den heutigen Stand zurückgebracht werden kann.

Natürlich stellt dieses Mindestprogramm noch nichts Endgültiges dar. Es soll nur zur Diskussion dienen. Sicher werden auch viele die ganze Idee der Uebergangsperiode ablehnen. Es gibt aus den früheren Zeiten eine Menge klassischer Argumente dagegen, die ich kenne, aber nicht mehr für stichhaltig ansehe.

Es ist Zeit, den Anarchismus aus seiner dogmatischen Erstarrung zu befreien, dem Proletariat unsere Ziele in einfachen, verständlichen Formen zu erklären, die Erfahrungen der letzten Jahre in guten Parolen auszudrücken. Gelingt uns das, dann wird der Anarchismus auch diejenige Rolle in der proletarischen Bewegung spielen, die ihm zukommt.

H. W. Gerhard.

Der Verfasser nannte sich bisher G. Berg (FANAL Nr. 8: „Vergleichende Revolutionsgeschichte“), ohne zu wissen, daß ein Mitarbeiter vieler uns nahestehenden Zeitschriften älteren Anspruch auf diesen Namen hat. Durch den Entschluß unseres Genossen, als H. W. Gerhard zu zeichnen, werden Mißverständnisse in Zukunft nicht mehr vorkommen können.

Taten und Täter

Hein ist als Mörder zum Tode verurteilt worden, nicht ohne den Gerichtsberichterstatlern viel Wehmut aus den Federn tropfen zu lassen. Man fand ihn sympathisch, liebenswert, hübsch von Aussehen, klar von Verstand, gutmütig im Fühlen und offenherzig im Bekennen. Der Staatsanwalt zweifelte alle diese Eigenschaften an und schloß auf eine von leichtem Schwachsinn beeinflusste verbrecherische Anlage schon daraus, daß der Posträuber einmal als Syndikalist organisiert und daher anarchistischen Auffassungen verfallen gewesen war. Hein hat den besten deutschen Verteidiger, den menschlichsten Freund seiner Schutzbefohlenen, Justizrat Viktor Fraenkl aus Berlin, an seiner Seite gehabt. Die Verhandlung fand in Koburg statt, das aus verwaltungstechnischen Erwägungen seit einigen Jahren nicht mehr Hauptstadt eines deutschen Staates mit dem Recht zur Sehnsucht nach einer eigenen Hofhaltung ist, sondern bayerische Provinz mit der Verpflichtung zur Sehnsucht nach dem Wittelsbacher König. Die Koburger haben ihre Volksabstimmung, deren Erfolg durch vorgerechnete

Ersparnisse und mithin in Aussicht gestellte Steuerverminderung und verbilligte Lebensführung entschieden wurde, oft bestöhnt. Sie haben nämlich nicht weniger Beamte zu füttern als früher, sondern mehr und dürfen sich außerdem an den Ausgaben Bayerns für die Konkordatsverknechtung an die katholische Kirche mit beteiligen. Dafür haben sich aber die Leute, welche den Koburgern das gewandelte Staatsbewußtsein von Amts wegen einzuflößen haben, rasch und wendig in die bayerische Eigenart eingewöhnt, und als der Verteidiger auf Unzulässigkeiten in der Prozeßführung aufmerksam machte, erhielt er die Antwort: „Bei uns in Bayern machen wir das so.“ Bei uns in Bayern macht man es auch so, daß ein Mann, der sich, von Bewaffneten verfolgt, mit der Schußwaffe wehrt, wegen vorsätzlichem und mit Ueberlegung ausgeführten Mordes zum Tode verurteilt wird, so daß nunmehr der Kopf des Anarchisten Hein in den treuen Händen des Herrn Gürtner und jener Herren im Münchener Justizministerium liegt, welche für wirkliche Mörder mit vaterländischen Pistolen einmal hohes Verständnis gezeigt haben.

Die mit der Zeit bis selbst zu schwarz-rot-golden umrandeten Denkschranken vorgeschrittenen Juristen verkünden als obersten Grundsatz des Strafrechts, daß ein modernes Gericht nicht mehr die Tat, sondern den Täter zum Gegenstand seiner Urteilsfindung zu machen habe. Die Psychologie soll also bei der Beurteilung verbotener Handlungen mitwirken, und das alte Sprichwort: wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe, soll zur Grundlage der staatlichen Gerechtigkeit erhoben werden. Das ist recht gut, denn wenn der wohlbesoldete Landgerichtsrat Zweigler aus Rudolstadt manchmal aus einem Schlächterladen Thüringer Würstchen stiehlt, ist es wirklich etwas anderes, als ob dasselbe von der Frau eines arbeitlosen, vom Krieg um seine Gesundheit, von der Inflation um sein Sparkassenbuch betrogenen Proletariers verübt würde, die ihren sechs hungrigen Kindern einmal etwas Nahrhaftes und Wohlschmeckendes vorsetzen möchte. Daher — und hierzu bedurfte es auch früher schon nicht besonderer Belehrungen über die Anforderungen moderner Denkart — fliegt die würstchenstehlende Arbeiterfrau ins Gefängnis, der würstchenstehlende Landgerichtsrat aber wird pensioniert und nach § 51 StGB, außer Verfolgung gesetzt, weil er sich bei seiner Tat, obwohl er sie bei vollem Bewußtsein beging, nichts gedacht hat (Sachverständigengutachten des Universitätsprofessors Strohmeler aus Jena). Es gibt Leute, die sich bei dem, was andere tun, immer mehr denken als bei ihren eigenen Handlungen, und gewiß gibt es viele Urteilsausfertigungen des nunmehr ohne Gegenleistung aus der Staatskasse ernährten Richters, in denen er genau auseinandersetzt, was alles er sich dabei gedacht hat, wenn andere Leute, die nicht so gut dran sind, mal stehen gegangen waren, um sich, da es niemand anders tat, selbst zu ernähren. Zweifellos hätte sich Herr Zweigler, wäre er statt in Rudolstadt in Koburg mit Ladendiebstählen und Verbrechenssühnung beschäftigt gewesen, auch

viel mehr bei Heins Postberaubungen gedacht als bei seinen eigenen Wurstklauereien. Zum Glück hat der Rechtshüter, als er auf frischer Tat, mit frischer Wurst ertappt wurde, keinen Versuch gemacht, zu entfliehen, so daß er auch nicht in die Lage kam, auf seine Verfolger zu schießen. Man hätte sicherlich auch den Strohmeier gefunden, der ihm bestätigt hätte, daß ihm auch diese Tat gedankenlos widerfahren wäre, und, Nörgler, wie wir schon sind, hätten wir leichter geglaubt, ein Landgerichtsrat suche ohne lang zu überlegen, der Bloßstellung bei einer Verhaftung wegen Würstchen- diebstahls zu entrinnen, sei es selbst unter Verübung von Gewalttaten, als daß er sich schon bei der Wegnahme der Thüringer Würstchen gar nichts gedacht haben sollte, und daß sich dies Aussetzen der Denktätigkeit gerade immer beim Anblick der Würstchen zu wiederholten Malen zugetragen hätte.

Hein hingegen ist ein Proletarier. Zwar hat der junge Mensch allgemein persönliches Wohlwollen erweckt, doch ist er immerhin kein Landgerichtsrat. Es scheint, als befände sich der neue Rechtsgrundsatz — den Täter ansehen, nicht die Tat! — im Stande des Uebergangs zur Verwirklichung. Ohne Ansehen der Person urteilen — das Ideal von ehemals — gilt fürs erste noch bei Armen, wohingegen Reiche, Adlige, Staatsbeamte und gesellschaftlich angesehene Zeitgenossen als Versuchskaninchen erhalten müssen, um das neue Verfahren — urteilen mit Ansehen der Person — allmählich einzuführen. Bei Landgerichtsräten wird der Täter, bei Proletariern die Tat zum Gegenstand der Rechtsfindung gemacht. Der Täter Zweigler hat sich nichts dabei gedacht, als er stahl, denn er ist Landgerichtsrat; das Verfahren wird eingestellt. Der Täter Hein jedoch hat böse Taten begangen, die, unbeschadet des persönlichen guten Eindrucks des Verbrechers, nicht seine, sondern ihre Sühne finden müssen; schmiert die Guillotine!

Wie war es also mit Hein? Ein arbeitsamer, gescheiter, ehrlicher, mit allen Menschen freundlicher, von den Mädchen umworbener junger Arbeiter von revolutionärer Gesinnung gerät in den Bann eines haltlosen, zu Abenteuer neigenden, lebens- und geldhungrigen, verwegenen und unbedenklichen Freundes. Er geht mit ihm auf Raub. Wen bestiehlt er? Postämter. Hätte er bloß einem Arbeitskollegen die Kommode aufgesprengt, um ihm seine Notgroschen herauszuholen, — das wäre noch nicht so arg gewesen. Aber Staatsgelder, bitte sehr! Und Tausende von Mark, die die Steuerzahler aufbringen müssen, — mehrere Dutzend Millionen Steuerzahler, die alle an dem Verlust fragen müssen! Und wir haben doch ohnehin schon Schaden genug gehabt — mit den vielen teuren Eisenbahnkatastrophen in Bayern, mit der Fälligkeit der Reparationsgebühren an Parker Gilbert, mit den Abfindungen an Deutschlands Fürstenhäuser, mit den verunglückten Spekulationen des Kapitäns Lohmann, mit dem kostspieligen Besuch aus Afghanistan, mit Gott weiß was noch allem, lauter Dinge, die den Staat Millionen und Milliarden kosten, und da müssen diese Verbrecher ausge-

rechnet auch noch Staatsbetriebe zum Räubern aussuchen! Es zeigt, wohin die staatsfeindlichen Lehren der Anarchisten und Syndikalistern die Menschen bringen, wie der Sinn für das öffentliche Wohl selbst bei der Ausführung von Diebstählen ins Wanken gerät. — Wenn aber ein Postamt überfallen wird, dann bringt das Polizei und Gendarmerie noch ganz anders in Harnisch, als handelte es sich bloß um private Kassen. Hier verlangt die Staatsräson das entschlossenste Zugreifen. Die Ruchlosigkeit, eine öffentliche Kasse auszuplündern, ist so groß, daß sofort alle Schußwaffen entschert werden müssen, um den Verbrecher dingfest zu machen, um dem geschädigten Staat seine Banknoten zurückzuschaffen. Aber Hein ist ein Schwerverbrecher und bar aller Ehrfurcht vor dem Staat und seinen beamteten Sachwaltern. Hein ist ein Kerl, der in der Gefahr, erschossen zu werden, selber schießt, ja, wie das Gericht in Koburg festgestellt hat, mit klarer, vorbedachter Ueberlegung schießt. Leider stellt er nur gerade die Ueberlegung nicht an, die hier allein am Platze wäre und deren stete Gegenwärtigkeit ein Koburger Gericht von jedem Verfolgten erwartet und verlangt: daß es ein himmelweiter Unterschied ist, ob ein grünbekleideter, von der Obrigkeit bestellter, selbst die Obrigkeit vertretender, mit Riemen umschnallter Schütze uns abknallt oder ob wir ihn abknallen. Hein wollte nicht totgeschossen werden, darum drehte er sich um und schoß seine Verfolger tot. Aber die Verfolger hatten doch das Recht, ihn, da er flüchtete, totzuschießen; er aber hatte die Pflicht, stehen zu bleiben und sich ins Zuchthaus abführen zu lassen, keineswegs aber das Recht, wollte er schon flüchten, sich dabei gegen das Totgeschossenwerden zu sichern.

Die Sachlage ist, sollte man meinen, klar. Sollte sie noch jemandem unklar sein, so belehre ihn die Tatsache, daß ein zur Ergreifung Heins angesetzter Gendarm noch am Tage vor der Verhaftung des Gesuchten einen Mann, der weder Hein noch sonst ein Posträuber war, auf seiner Fährte sah, anrief und zur Sicherheit des Staates mit einer, von Steuerzahlergeld gekauften und geladenen Amtspistole totschoß. Da besagter Gendarm hierbei die vorschriftsmäßigen Riemen um Bauch und Schulter trug, war er berechtigt, jeden Steuerzahler, den er mit Hein verwechselte und der nicht auf Anruf stehen blieb und sich von ihm fesseln und einsperren ließ, totzuschießen; die Leiche dessen, den es getroffen hat, wurde nicht dem Gendarm auf die Schuldseite geschrieben, sondern sie wurde den Leichen der Polizeileute zugerechnet, die Hein hätten wie jenen unbeteiligten Steuerzahler behandeln können und denen er zuvorkam. Der Täter Hein mag also ein noch so ansprechender Mensch sein, seine Taten, welche sich als offenkundige Verletzungen jedes pflichtbewußten Staatsempfindens kennzeichnen, mußten ohne Rücksicht auf die persönlichen Eigenschaften des Mannes geahndet werden, und zwar als überlegte Morde, für die das Gesetz nur eine Strafe kennt, den Tod. Oder ist hier doch bereits, wie auch bei dem Würstchenrichter von Rudolstadt, nicht die Tat, sondern der Täter beur-

teilt und verurteilt worden? Ist nicht der Täter außer dem gutartigen, gefälligen, gefühlswarmen Menschen, als den ihn sein Anwalt sah, als den ihn die Zeugen schilderten, für den seine Braut noch jetzt öffentlich vor die Gerichtsschranken trat, den sogar sein Verführer in schöner Kameradschaftlichkeit von aller Schuld zu entbürden suchte, — ist er nicht vielleicht außerdem doch noch ein gefährlicher Charakter, vor dessen Aeußerungen die Gesellschaft geschützt werden muß? Jawohl, er war einmal syndikalistisch organisiert, und so ist nicht die Tat, sondern, es lebe der moderne Geist im Strafrecht!, der Täter mit dem Richterspruch getroffen worden. Wäre er Hakenkreuzler, Stahlhelmer, Vaterländer gewesen, verlaßt euch drauf, dieselben Taten wären von denselben Richtern anders bewertet worden!

Und das ist die Moral davon, derentwegen hier so lang und so breit von einer kaum übertrieben wichtigen Strafsache geredet worden ist. Ihr werten Genossen, die ihr so ängstlich darauf achtet, daß euch ja nie ein „gemeiner“ Verbrecher zwischen eure politischen Schützlinge gerate, — hört endlich einmal mit diesen spitzfindigen Unterscheidungen auf. Hat Hein aus politischen Ueberzeugungsgründen geraubt und Beamte getötet? Kaum. Aber ich sage euch, die Strafe, durch die er des Todes würdig befunden ist, wurde ausgesprochen, weil die Richter nicht frei von politischen Vorurteilen waren und auch nicht sein konnten. Der Mann hat gegen den Staat gefrevelt, unmittelbar, indem er seine Diebstähle zum Schaden des Staates betrieb und indem er sich mit der Waffe der Verfolgung durch die Beauftragten des Staates erwehrt. Ich könnte Dutzende von Fällen mitteilen, die ich als politische Fälle betrachte, nicht, weil die Tat aus politischen Gründen erfolgte, sondern weil das Urteil von politischen Einflüssen bestimmt war. Ich bemühe mich um einen Strafgefangenen, bei dem es mir völlig sicher ist, daß er niemals zu der ungeheuren Zuchthausstrafe verurteilt worden wäre, von der er bald 10 Jahre hinter sich gebracht haben wird, wenn er nicht unabhängig von den verfolgten Handlungen Revolutionär und wenn er nicht vor allen Dingen staatenloser Ostjude wäre. Sämtliche Urteile aller Kriegs- und außerordentlichen Gerichte, mögen sie ergangen sein aus welchen Gründen immer, sind politische Urteile, schon deswegen, weil diese Gerichte als politische Ausnahmegerichte eingesetzt worden waren. Die Ebertschen außerordentlichen Kriegsgerichte von 1918/19 erhielten außer den Fällen, die mit revolutionären Taten zusammenhingen, noch eine Reihe gewöhnlicher Verbrechen mit zur Aburteilung überwiesen. Da haben uniformierte Offiziere über Proletarier zu Gericht gesessen und in dem Bewußtsein Schicksale zerstört, daß ihr Spruch ja keiner Nachprüfung unterläge. Da gibt es Menschen in den deutschen Zuchthäusern, die glaubhafte Darstellungen ihrer Erlebnisse geben und daneben liest man dann die „Feststellungen“ der Sonderrichter, die nichts, nichts, nichts davon ahnen lassen, daß hier irgendwelche politische Zusammenhänge bestehen könnten. Und sie bestehen doch, mindestens in der Voreingenommenheit der

richtenden Gegenrevolutionäre. Und laßt schon wirklich einen Arbeiter wegen eines ganz unpolitischen Raubmordes von Offiziersgerichten verurteilt sein. Soll die Formel Geltung haben, daß die Täter zu beurteilen sind, nicht die abstrakt gemachte Tat, dann sei man doch so freundlich, zu überlegen, daß von 1914 bis 1918 der Mord, der Raub, der Diebstahl, die Brandstiftung, die Untreue und jegliche Gemeinheit in zweierlei Wert-schätzungen vorhanden war, in der zivilrechtlich strafbaren und in der kriegsrechtlich erlaubten und befohlenen Form. Wer die Kriegsjahre erlebt hat, und dabei nicht fest auf dem Boden einer im Geiste verarbeiteten Weltanschauung stand, dem mußten sich die Unterscheidungen zwischen befohlenem und verbotenem Mord, Raub und Verbrechen aller Art verwirren. Wir haben kein Recht, diese Unglücklichen nach politischer und nichtpolitischer Täterschaft auseinander zu halten.

Die sogenannte Amnestie vom 14. Juli hat alle die Opfer der Halbheit der Novemberrevolution wieder übergeben. Für ihre Befreiung muß ein anderer Kampf einsetzen als die windige Resolutionsannahme, die man hierzulande als „Aktionen“ auszugeben beliebt. Es ist nicht wahr, daß die politische Teilamnestie dieses Jahres das Ergebnis des proletarischen Massendrucks war, sie war das Ergebnis einer erbärmlichen politischen Schacherei zwischen Parteien, die alle uns regieren wollten. Massendruck ausüben heißt Machtmittel anwenden. Die Arbeiter haben ein einziges Machtmittel, ihre wirtschaftliche Arbeitskraft. Mit diesem Mittel können sie Amnestien erzwingen, wie sie sie haben wollen und wie sie notwendig sind. Notwendig ist zunächst eine Amnestie für alle, die — gleichviel wofür — von Kriegs- und Ausnahmegerichten verurteilt sind; da dies politische Gerichte waren, sind alle von ihnen Verurteilten politische Gefangene. Moralische Entrüstung über Verletzungen des bürgerlichen, staatlichen und kirchlichen Sittengesetzbuchs ist nicht Aufgabe des Proletariats, das einmal ein eigenes revolutionäres Sittenrecht ohne Paragraphen aufzustellen und durchzuführen haben wird. Wäre aber diese seltsame Republik des derzeitigen Deutschen Reiches wirklich eine Republik, dann hätte sie längst aus eigenem Antrieb mindestens alle die Urteile gestrichen, die noch im Namen des Kaisers, im Namen der übrigen zwei Dutzend entthronten Machthaber der schwarz-weiß-roten Zeit eingesperrt sind. Würde zum 9. November eine solche Amnestie erlassen, dann täte die Republik zum erstenmal etwas, was die ganze Welt als Bekenntnis und als Bruch mit der Vergangenheit ansehen müßte. Man kann nicht einfach alle Mörder laufen lassen? Beruhigt euch, sie saßen alle schon mindestens 10 Jahre in euren Musterkernern. Wärt ihr fähig, in eurer Philisterangst Menschen zu sehen statt Gespenster, dann wüßtet ihr, was 10 Jahre Zuchthaus bedeuten und lerntet, eure moderne Erkenntnis dem Leben gewinnen, daß das, was die Welt bewegt im Guten wie im Schlimmen, nicht tote Taten sind, sondern lebendige Täter.

Panzerkreuzer A

Bitteres Mißgeschick hat die deutsche Wählerschaft betroffen. Sie hat feststellen müssen, daß eine Staatsregierung eine Staatsregierung ist, daß Minister Minister sind und daß ein Flottenprogramm ein Flottenprogramm bleibt. Als 1924 ein neuer Reichstag gewählt wurde, kriegten die Deutschnationalen die Stimmen aller Leute, die ihnen glaubten, ihr verloren gegangenes Bankguthaben werde ihnen mit 100 Proz. aufgewertet werden. Am 20. Mai dieses Jahres wählten die biederen Bürger sozialdemokratisch, die sich aus den Wahlaufrufen der Liste 1 hatten überzeugen lassen, daß die Speisung hungriger Kinder ein wohlgefälligeres Werk sei als der Bau von Panzerkreuzern und daß eine sozialdemokratisch besteckte Reichsregierung unversehens aus allen Stahlplatten Brot machen werde. Peinlicherweise bedarf die 100prozentige Aufwertung von Kriegsanleihen, Hypotheken, mündelsicheren Papieren aller Sorten ebenso wie die Umwandlung von Kriegsschiffen in Feingebäck kräftigerer Feuerungsstoffe, als den deutschen Realpolitikern bekannt sind, und so kochten Deutschnationale wie Sozialdemokraten, zu Regierungsämtern zugelassen, mit Wasser, als in welchem die holden Träume der Wähler ersoffen. Die Deutschnationalen haben es mit der Zeit begreifen gelernt, daß der Dienst am Staate Opfer kostet, aber sie bringen diese Opfer immer nur zu 50 Prozent, sie geben immer nur Ueberzeugungen preis, niemals das Geschäft. Die Sozialdemokraten sind weniger engherzig; sie haben Ueberzeugungen sowieso nicht mehr preiszugeben, und was das Geschäft anlangt, so haben sie ihre Wähler längst soviel Staatsgesinnung gelehrt, daß sie dem höheren Zweck gern auch materielle Opfer bringen. Der höhere Zweck aber ist die Große Koalition.

Warum sind die Sozialdemokraten in die Regierung gegangen? Herrschaften, zermartert euch nicht vergeblich das Hirn mit psychologischen, politischen und parteitaktischen Erklärungsversuchen. Sie sind in die Regierung gegangen, damit ihre Bonzen Minister werden. Und warum sind sie nicht aus der Regierung herausgegangen, als sich zeigte, daß sie den Bau des Panzerkreuzers nicht verhindern konnten, ihm sogar ausdrücklich zustimmen mußten? Herrschaften, sie sind aus der Regierung nicht herausgegangen, damit ihre Bonzen Minister bleiben. Hätten sich die Müller, Severing, Wisseli und Hilffending gesträubt, dem Kollegen Gröner den Bauauftrag zu erteilen, dann wären sie heute keine Minister mehr, und der Panzerkreuzer würde doch gebaut, und hättet ihr eine rein sozialdemokratische Regierung, dann würde der Panzerkreuzer ebenfalls gebaut, und hättet ihr eine „Arbeiter- und Bauernregierung“, dann würde der Panzerkreuzer auch gebaut, und macht ihr eine Volksabstimmung, durch die das Bauen von Panzerschiffen und Kreuzern für alle Zukunft verboten wird, — verlaßt euch drauf: der Panzerkreuzer wird gebaut.

Und nicht bloß der Panzerkreuzer A wird für über 9 Millionen Mark zu bauen angefangen, der Bau wird für 80 Millionen Mark zu Ende geführt, und dann kommt der Kreuzer B und die ganze Reihe dran; denn Gröner und Deutschlands Ehre will's und England erlaubt's. Und wie Sozialdemokraten dem Kapital zuliebe die Revolution niederkartätschten, wie sie die Abwehrkämpfe gegen den Kapp-Putsch zugunsten der Monarchisten zu Fall brachten (übrigens, Herr Reichsinnenminister Severing, können Sie nicht in Ihrer neuen Würde mal nachfragen, wie sich die republikanische Reichsregierung heute, nach über 8 Jahren, zur Durchführung der von Ihnen gedrehten, von der damaligen Reichsregierung zugesicherten 8 Punkte des Bielefelder Abkommens stellt?), — wie regierende Sozialdemokraten der Schwerindustrie:

zur Entschädigung für die Aushungerung des Proletariats durch die Inflation 700 Millionen Mark geschenkweise auf Kosten des Proletariats in den Rachen warfen und wie sie eine nach ihren demokratischen Grundsätzen errichtete Regierung in Sachsen, dann auch in Thüringen mit Waffengewalt auseinandersprengen ließen, weil sie sonst hätten aus den Ministersesseln herausrutschen müssen, so werden sie auch fürderhin für Panzerkreuzer sein, so lange sie Minister sind, gegen Panzerkreuzer, sobald andere ohne sie regieren oder wenn sie gerade auf Stimmenjagd gehen. Dies alles ist von Antiparlamentariern unzählige Male vor den Wahlen und während der Wählereinführung vorhergesagt und an Beispielen aus der Vergangenheit bewiesen worden. Da die Arbeiter nun aber doch immer noch glauben, daß es ohne ihre Beteiligung an den Parlamentswahlen nicht gut gehen könne, mögen sie getrost auch noch mit dem Panzerkreuzer ihre Erfahrungen bereichern. Ich gebe zu, daß mich die Haltung der Sozialdemokraten in der Angelegenheit durchaus befriedigt. Hätten sie Charakter markiert und ihre schöne Große Koalition zum Platzen gebracht, dann säßen sie schon wieder in der sogenannten Opposition und betörten die Einfalt gläubiger Seelen. Nein, nein, in diesem Staate immer die Sozialdemokraten an der Spitze! Dann sieht man sie wenigstens bei Lichte und sie können einem nichts vormachen.

Die Kommunisten ereifern sich etwas übertrieben wegen des Panzerkreuzers. Sie scheinen in kindlichem Gemüte zu meinen, der Staat werde, spart er das Geld für das Schiffchen, die Millionen dem Proletariat zum Hungerstillen zuwenden. Dem wird kaum so sein; ach, gute Pazifisten, es ist auch nicht an dem, daß der Panzerkreuzer A die Kriegsgefahr steigert, seine Abtreibung vom Dock uns den lieben Frieden sichern würde. Der Frieden ist ja gerade gesicherter denn je. Eben heißt es, die Japaner werden sich mit der neuen chinesischen Kulimörderregierung in Kanton vielleicht friedlich verständigen; der polnisch-litauische Krieg scheint um Wochen vertagt zu sein; die Erhebung des Mussolini-Bravos Achmet Zogu zum König von Albanien ist geeignet, die Auseinandersetzung zwischen Serbien und Kroatien wegen der Ermordung der Bauernführer Raditsch zu verzögern, bis die Auseinandersetzung zwischen Italien und Jugoslawien stattgefunden hat; der faschistische Staatsstreich in Ägypten beruhigt alle Sorgen um den Frieden in Afrika, der Grenzkrieg in Ostasien dient ohnehin nur der Befriedung der Völker; das französisch-englische Rüstungsabkommen, begleitet von amerikanischen Versicherungen, daß kein Kellogg-Pakt die Heeresverstärkungen irgendeines Landes stören soll, und daß sich vor allem die Vereinigten Staaten selbst keineswegs in ihrer Rüstungstätigkeit davon beeinflussen lassen würden, — zu alledem das vereinte Geschrei aus allen Weltgegenden: Rußland will Krieg!, was zu übersetzen ist: es soll ihn haben! — dies alles und noch vieles mehr umstrahlt den festlichen Akt in Paris, da mit goldener Feder die Staats-, Stres- und Feldhauptmänner der Erde den Grundsatz bekräftigen: Wenn du den Krieg willst, dann rüste den Frieden!

Also der Bau von Panzerschiffen und Kreuzern soll in Zukunft verboten werden; worüber wir abstimmen sollen, Kriegen die Kommunisten mehr Arbeiterstimmen zusammen als die Regierungsparteien vaterländische, dann müssen die Herren Gröner und Lohmann sich beim Flottenbau schon mit Linienschiffen und Torpedoboote bescheiden. Der letzte Reichstag hat allein „für neue Torpedoarmierung“ 57½ Millionen Mark bewilligt (für Reichswehrpferde 9,6 Millionen und zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit 240 000 M.). Immerhin ist es vom Standpunkt der Staatsgesinnung aus löblich, daß die Kommunisten auch die Kriegsgefahr und den Rüstungs-

eifer jetzt mit den von der Reichsverfassung angegebenen gesetzlichen Mitteln des demokratischen Abzählspiels bekämpfen wollen. Wir wär's, liebe Genossen von der KPD, wenn ihr die Gelder, die euch die Vorbereitung des Volksentscheids kosten wird — die vom Reich ausgeworfene Jahressumme zur Bekämpfung der Kindersterblichkeit könnte damit dreifacht wenden —, der Werbung für einen Gedanken zuführt, der den Bau von Panzerkreuzern in der Tat verhindern würde? Habt ihr schon mal darüber nachgesonnen, wer eigentlich Panzerkreuzer, Torpedoboote, Kasernen, dazu auch Munitionsfabriken, Gefängnisse und andere staatsnützliche Gebäude auführt? Das sind die Arbeiter, und bauten die Arbeiter eines Tages keine Panzerkreuzer mehr, dann brauchte niemand mehr darüber abzustimmen, ob welche gebaut werden sollen oder nicht, weder mittels Parlamentsbock- und Hammelsprüngen noch mittels Volkswettlauf zum Zetteltopf. Es werden, mögen die Regierungen sich zusammensetzen, wie sie wollen, mögen demokratische Willenkundgebungen veranstaltet werden, in welcher Form es sei, solange Panzerplatten von Arbeitern zu Schlachtschiffplanken geschmolzen werden, wie die Arbeiter Panzerplatten vor dem Hirn tragen und abstimmen gehen, wenn es zu handeln gilt.

Zwei Tote

Der Tod Klabunds reißt eine Lücke in die literarische Generation — nicht eigentlich der Gegenwart. Als der sehr junge Alfred Henschke 1911 oder 12 seine ersten Gedichte unter dem Namen Klabund veröffentlichte, da schien ein neues, ganz starkes, wenn auch noch nach eigener Persönlichkeit suchendes Talent sich anzumelden: „Es hat ein Gott mich ausgekottz — —.“ Klabund war ein Talent, ein außerordentlicher Könner, ein Dichter mit großer Formsicherheit, großem Wissen um Klang und Farbe der Sprache. Aber er war kein Starker. Er fand keinen Anschluß an die junge Zeit. Er war Nachzügler einer aussterbenden Generation. Der Krieg betörte ihn mit den Gongschlägen, die um Begeisterung warben. Klabund verfiel dem Massentaumel 1914, bis ihn lyrischer Schmerz ergriff und Friedenssehnsucht ohne Anklage in seinen Gedichten Form suchte. Er verfiel ebenso dem Taumel von 1918, und die Enttäuschung machte ihn müde. So war ihm das Zeitgeschehen, wenn es Fanfaren blies, Anlaß und Thema seiner Dichtung, — aber nie war ihm seine Dichtung Mittel und Werkzeug, selbst Zeitgeschehen zu schaffen. Die vorletzte Generation hat einen nachgeborenen Vertreter verloren, um dessen Talent, um den selbst es schade ist.

Fast gleichzeitig verlor die Generation von gestern noch einen ihrer besten und liebenswertesten Vertreter: Leo Greiner. Er war seinen Zeitgleichen kein Nachgeborener. Er war ein feiner, stiller, kluger Mann, der, in guten Traditionen aufgewachsen, ihnen treu blieb. Seine Werke sind schön und ohne Anspruch auf kämpferische Bedeutung. Seine Nachdichtung der „Lysistrata“ des Aristophanes ist eine der wertvollsten Blüten jener Kultur, die aus dem Boden der „Elf Scharfrichter“ erwuchs. Mir ging wieder eine gute Erinnerung an die eigene Frühzeit ins Grab.

Anarchistische Vereinigung

Die Anregung der Anarchistischen Vereinigung, Berlin, die Grundlagen gemeinsamen Handelns in einer Aussprache mit den Genossen aus dem Reich zu schaffen, ist erfreulicherweise überall günstig aufgenommen worden. Wir schlagen nunmehr vor, die Zusammenkunft in der Woche zwischen Weihnachten und Neujahr in Berlin stattfinden zu lassen und bitten um Mitteilung, welche Genossen zu kommen gedenken, sowie um Vorschläge für die Festsetzung der Verhandlungsgegenstände an unseren Genossen Gustav Lübeck, Berlin-Neukölln, Zietenstraße 10 IV.

Entschleßung :

Auf öffentliche Einladung des Genossen Hermann Stenzleit waren am 18. August 1928 Mitglieder der Freien Arbeiter-Union Deutschlands und der Anarchistischen Vereinigung Berlin, darunter eine Anzahl früherer Mitglieder des Communistischen Arbeiter-Bildungsvereins London in Bökers Festsälen in Berlin versammelt. Die durch eingeschriebenen Brief eingeladene Föderation Communistischer Anarchisten hatte keinen Vertreter entsandt, auch war der besonders aufgeforderte Genosse Rüffer nicht erschienen.

Genosse Stenzleit gab an Hand des gesamten Materials einen klaren Einblick in den Verlauf des wegen der Angelegenheit der Londoner Vereinsbibliothek entstandenen Streitfalles. Die Versammelten billigten das Verhalten des Genossen Stenzleit, der in berechtigter Sorge um die Erhaltung und Pflege der Bibliothek deren Uebermittlung an die Geschäftsstelle der FAUD Berlin veranlaßt hat. Da die FAUD eine anarchistische Organisation ist, die allein schon durch die vortreffliche Herausgabe zahlreicher anarchistorischer Werke von höchstem Wert ihre Eignung zur Betreuung der Bibliothek bewiesen hat, sind die von Rudolf Großmann, Wien, erhobenen, vom „Freien Arbeiter“ übernommenen Vorwürfe unbegründet. Dagegen betrachteten die Versammelten die Weigerung Großmanns, aus der Bibliothek entlehene äußerst wertvolle Werke herauszugeben, die ihm im Vertrauen auf seine Ehrlichkeit als anarchistorischer Genosse und gegen die Zusicherung ausgehändigt wurden, er werde sie auf Anforderung sofort zurückgeben, als ein Vorgehen, das ihn der Bezeichnung als anarchistorischen Genossen unwürdig macht. Die Versammelten bekundeten den angegriffenen Gen. Hermann Stenzleit und Rudolf Rocker ihr volles Vertrauen, sprachen ihr Einverständnis mit ihrem Verhalten aus und erklärten Großmann für verpflichtet, die rechtswidrig angeeigneten Bücher herauszugeben.

Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands und die Anarchistische Vereinigung werden nunmehr die Ueberwachung der Bibliothek und die Sorge dafür, daß ihre Benutzung jedem Revolutionär und Forscher verbürgt wird, in gemeinsamer Arbeit ausüben. Der Föderation Communistischer Anarchisten steht der Anschluß an diese solidarische Tätigkeit offen, sofern sie sich bereit zeigt, sich den Formen anzupassen, die im Verkehr zwischen revolutionären Genossen üblich und notwendig sind, und mit den andern

Organisationen für die Herbeischaffung der von Großmann veruntreuten Bücher zu wirken.

Diese Entschließung wurde bei zwei Enthaltungen einstimmig gefaßt.
 Freie Arbeiter-Union Deutschlands Anarchistische Vereinigung Berlin.
 (Anarcho-Syndikalisten).

Achtung!

FANAL!

Achtung!

Mit diesem Heft schließt der zweite Jahrgang des FANAL.

Die Erneuerung des Abonnements wird daher dringend in Erinnerung gebracht.

Einzahlungen auf Postscheck Erich Mühsam, Berlin 824 19. Bezugsbedingungen wie bisher.

Es soll, wie zum ersten Jahrgang wieder ein ausführliches alphabetisches **Namens- und Inhaltsverzeichnis** hergestellt werden. Jedoch ist es notwendig, zuvor ungefähr überblicken zu können, wieviele Leser diese Ergänzung des Jahrgangs zu erhalten wünschen. Der Preis des Inhaltsverzeichnisses, das wieder 12—16 Seiten stark werden dürfte, muß mit 25 Pfennigen angesetzt werden. Bestellungen werden schnellstens erbeten, wenn auch die Lieferung voraussichtlich nicht vor dem 1. November erfolgen kann.

Eigene **Umschlagdeckel** für Leser, die sich den Jahrgang binden lassen wollen, werden hergestellt werden, falls rechtzeitig genügend Bezugsmeldungen einlaufen, um die Anfertigung lohnend scheinen zu lassen.

Freunde!

Genossen!

Leser!

FANAL braucht noch Unterstützung! Fordert **Sammellisten** an! Zeichnet in die schon umlaufenden Listen! Helft dem FANAL! Werbt für **FANAL!**

Gelingt es nicht, im dritten Jahre seines Bestehens das Blatt auf eigene Füße zu stellen, dann muß es eingehen. Gelingt es, der Zeitschrift zum gesicherten Bestande zu verhelfen, dann kann ihm binnen kurzem ein **eigener Verlag** angegliedert werden. Fordert FANAL bei den Zeitungshändlern, Buchhändlern, Kiosken, Bahnhofsverkaufsstellen! **Sorgt für seine Verbreitung!** Bezieht Bücher aller Art durch die **Geschäftsstelle des FANAL!** Jugendliche, verkauft FANAL bei **Versammlungen** und **Kundgebungen!** **Wiederverkäufer** werden beteiligt.

Anarchistische Vereinigung / Berlin

Zusammenkunft

jeden Donnerstag 20 Uhr im Lokal
Köhler, Berlin-Neukölln, Ziethenstr. 64

Donnerstag, den 13. September, spricht Genosse Berthold Cahn
über das Thema: **Der gegenwärtige Militarismus in Deutschland.**

Donnerstag, den 27. September, spricht Paul Albrecht über: **„Krise
des Anarchismus“.**

Kameraden erscheint regelmäßig zu unseren
Zusammenkünften! Bringt Freunde und Kollegen
mit! Vertreibt FANAL! Werbt für den Anarchismus!

Anarchistische Vereinigung Berlin

I. A.: Gustav Lübeck

**Bezieht Bücher jeder Art durch uns!
Ihr unterstützt dadurch „FANAL“**

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX
ERICH MÜHSAM

SAMMLUNG

Auswahl aus dem dichterischen Werk 1898-1928

Gedichte, Novellen, Aufsätze, Anekdoten usw.

**Preis: kartoniert 5.50 Mk., Ganzleinen 8.— Mk.
(Schutzumschlag mit dem Bilde des Autors)**

**Zu beziehen durch jede Buchhandlung und durch die Geschäfts-
stelle des „FANAL“. Abonnenten des „FANAL“ erhalten auf
Wunsch Zahlungserleichterung.**

L. M. Spaeth Verlag, Berlin

**Bezieht Bücher jeder Art durch uns!
Ihr unterstützt dadurch „FANAL“!**

VERLAG „DER SYNDIKALIST“ FRITZ KATER, BERLIN O 34

Warschauer Str. 62, Postscheckkonto: Berlin 138 928

DIE INTERNATIONALE

erscheint am Anfang jedes Monats. Herausgegeben von der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Anarchosyndikalisten). Zu beziehen vom Verlag „Der Syndikalist“, Berlin O 34, Warschauer Str. 62; Postscheckkonto: Berlin Nr. 138 928. Abonnementspreis: 3,50 M. jährlich, 1,75 M. halbjährlich, 0,90 M. vierteljährlich, zuzüglich Porto.

Theoretische Zeitschrift für den Anarchosyndikalismus. Die bekanntesten Persönlichkeiten der freiheitlichen Arbeiterbewegung des In- und Auslandes sind Mitarbeiter. Regelmäßige Beiträge erscheinen von Dr. Max Nettlau, Wien; Dr. Chr. Cornelissen Paris; A. Schapiro, Rußland; Albert Jensen, Schweden; Rudolf Rocker Deutschland.

Die Zeitschrift bringt ausführliche Beiträge über die freiheitliche Arbeiterbewegung aller Länder. Jeder revolutionäre Arbeiter muß sie lesen.